Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr 54 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 2000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Samstag, den 17. März 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 40.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150 — Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 100 — Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Witten haben die Franzosen ¼ Million Mark Kopfgeld auf die Ergreifung von Schupobeamten ausgesetzt.

* In Buer wurden zwei deutsche Polizeibeamte von den Franzosen standrechtlich erschossen.

* Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, eine neue Biersteuererhöhung vorzuschlagen.

* Zwischen Paris und Brüssel wurde vereinbart, daß die Besatzungstruppen der Einbruchsmächte auf 90 000 erhöht werden.

* Im englischen Unterhause gab der Luftfahrtminister eine Erklärung über das Mißverhältnis zwischen der Stärke der britischen und der französischen Luftflotte ab.

Der wiedererwachte Staatsgedanke.

Im Krieg war der Staat stahlklirrende Macht; jeder beugte sich ihm in Selbstaufopferung. Mit ehernem Schritt trat er des einzelnen Schicksal nieder; alles, was an lebender, wirklicher Kraft im Volk war, wurde sein Gewaffen: Geist und Wirtschaft, die Organisationen der Stände und Klassen, Leib und Seele eines jeden. Die Umwälzung sprengte den Panzer — nur äußerlich — dessen Riemen allmählich gelockert waren. Klassen, Stände, Organisationen, die im organischen Aufbau des Staates die Bausteine sind, gerieten in Widerstreit untereinander. Jenes Gleichnis des sterbenden Vaters, der die Söhne auffordert, ein Bündel von Stecken zu zerbrechen, nach vergeblichem Mühen dann aber jeden einzelnen Stock leicht zerknickt, wurde fast zur Wirklichkeit. Weil das Band fehlte, das alle zusammenhält, oder vielmehr weil dieses Band, der bisherige Staatsgedanke, mürbe geworden war, die Einzelkräfte nicht mehr zu einem starken Bündel zusammenschloß. Das Ohnmächtigste in Deutschland war — nach innen und außen — die Staatsgewalt.

Nach außen — denn nicht mit dem Staat, der kraftlos war, wollte das Ausland verhandeln, sondern nur mit den Kräften, die wirklich noch bestanden. Geistige Grundlage des Staates war der demokratische Gedanke, der Wirklichkeit nur werden kann, wo Selbstaufopferung da ist. Aber die war nicht da und darum war Deutschland kraftlos. Und weil Opferfähigkeit nicht da war, konnte der Staatsgedanke die Kräfte nicht zusammenfassen, war nur Wunsch, Sehnsucht, Unwirklichkeit. Der französische Gesandte in einem der nordischen Staaten sprach es im September 1922 ganz brutal aus, daß man mit der deutschen Regierung nicht verhandeln könne: denn sie sei unfaßbar, entgleite der Hand wie eine Qualle. Faßbar, verhandlungsfähig sei allein die deutsche Wirtschaft; sie sei Wirklichkeit, sei Kraft.

Nach innen — denn mit dem kraftlosen Staat verhandelten die Organisationen der Wirtschaft, der Stände, der Klassen wie von Macht zu Macht. Statt daß der Staat diese Kräfte zur Stütze benutzte — und gar oft war es möglich oder konnte es möglich gemacht werden —, überließ er ihnen Gebiete zu eigenstaatlicher Machtentfaltung und Tätigkeit, Gebiete, die doch zum Bereich der Staatsgewalt gehörten, fügte sich widersprechend oder widerspruchslos dem Gebot jener Mächtigeren. Die Wirtschaft trat hervor mit der Hilfsaktion der Industrie, Arbeiter-, Beamtenorganisationen drohten, forderten, erlangten staatliche Macht als Gleichberechtigte. Die innere Auflösung des Staates, seine Ohnmacht schien unvermeidlich zu sein.

Oktober 1921 — Stinnes geht nach London, verhandelt mit dem englischen Ministerpräsidenten, mit den Führern der englisch-amerikanischen Wirtschaft. Aber nicht im staatlichen Auftrag, sondern aus eigener Machtvollkommenheit, die ihm die eigene Kraft gewährte. Und ganz Deutschland sieht auf sein Tun — gleich als ob die Regierung, also die Spitze des organisierten Gesamtstaates, gar nicht bestünde. Die sandte hernach Dr. Rathenau gleichfalls nach England. Aber ihm ward der Bescheid, daß der Staat Deutschland kreditunfähig sei. Professor Bonn, der schon 1920 ein warnendes Büchlein über „Die Auflösung des modernen Staates" geschrieben hatte, war theoretisch vollkommen im Recht, daß er auf einem demokratischen Parteitag laut die Stimme erhob gegen die „Wirtschaftler als Politiker", die staatliche Aufgaben von sich aus und gegen den Staat in Angriff nahmen. Versuche, einzelne Parteien zum Kristallisationspunkt neuen Staats- und Gemeinschaftssinnes zu machen, mußten unter den obwaltenden Gegensätzen unfruchtbar werden. Der Staat schien unwirklich zu werden, der Auflösung verfallen zu sein.

Doch jetzt ist es ganz anders geworden; Poincaré schmiedete mit dem Hammer, den er im Ruhrgebiet schwingt, ein neues stählernes Band um die einzelnen Stecken. Es ist Edelstahl, kein konstruiertes Gedankending, sondern das Natürlichste, Primitivste in jedem Deutschen, in jedem, dem die Mutter deutsche Wiegenlieder sang. Deutschland wurde wieder, was es früher war, Notgemeinschaft zur Rettung der Heimat, wurde wieder erfüllt vom Geist selbstverständlichen Opferungswillens nicht nur des einzelnen, sondern aller Organisationen, Klassen und Stände für den Staat. Der nationale, nicht der nationalistische, also exaltierte, — der selbstverständliche Gedanke faßt jetzt die Kräfte der Wirtschaft und aller anderen einzelnen und organisatorischen Willens- und Betätigungsströme in einem Bett zusammen; nicht einzeln mehr fließen sie dahin.

Nach drohender Auflösung also jetzt der innere geistige Neuaufbau des Staates. Deutschland ist als Staat wieder Kraft und nur darum Macht und Willen. Nur diese können Erfolg bringen. Darum wird Deutschland auch jetzt in seiner schweren Not triumphieren, siegen, weil es als Staat wieder die kraftvolle, machtwollende Zusammenfassung aller auseinanderstrebenden, gegeneinanderarbeitenden Kräfte geworden ist.

Dr. P.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gesetzesbestimmungen über den Mieterschutz.

Im Reichstag ist beabsichtigt, das neue Gesetz über den Mieterschutz noch vor Ostern zu verabschieden und am 1. Mai bereits in Kraft treten zu lassen. Das Gesetz schafft Richtlinien über Mieterschutz und Vermieterrecht auf Grund eines Kompromisses zwischen den Reichstagsparteien. Ein Kündigungsrecht wird dem Vermieter nur in ganz besonderen Fällen zugestanden (Vernachlässigung der Mieterpflichten in krasser Form). Zur Entlastung der Mietseinigungsämter sind Klagen auf Kündigung, Räumung usw. beim Amtsgericht zu stellen. Das Wohnungserbrecht beim Tode des Wohnungsinhabers wird dahin geregelt, daß eine Kündigung nicht statthaft ist, wenn der Erbe der Ehegatte oder ein volljähriger Verwandter bis zum zweiten Grade ist und beim Tode des Mieters zu dessen Hausstand gehört hat.

Überweisungen von Reparationsleistungen.

Die Reichsbank hat für die Einlösung der am 15. März fälligen, von Schweizer Banken diskontierten sogenannten belgischen Reichsschatzwechsel die Valuta in Höhe von rund 48 Millionen Goldmark an die Bank von England überwiesen.

Erhöhung der Biersteuer?

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Reichsfinanzminister in der nächsten Zeit den Entwurf eines neuen Biersteuergesetzes einbringen will, der eine Anpassung dieser Steuer an die jeweiligen Bierpreise vorsieht. Die Biersteuer soll betragen: Von den ersten 2000 Hektolitern 2050 Mark, dann in 6 Staffeln steigen, und bei über 120 000 Hektolitern 2500 Mark ausmachen. Die Steuersätze ermäßigen sich für Einfachbier um die Hälfte und für Schankbier um ein Zehntel; sie erhöhen sich für Starkbier um die Hälfte. Für eingeführtes Bier soll die Biersteuer 2500 Mark pro Hektoliter betragen. Der Ertrag der neuen Steuersätze für 1923 soll auf 30 Milliarden veranschlagt werden. Der Gesetzentwurf soll am 1. Mai in Kraft treten.

Steuerbefreiungen bei der Goldanleihe.

Der Reichsrat hat einer Verordnung des Reichsfinanzministers zugestimmt, wonach selbstgezeichnete Dollarschatzanweisungen für die Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftssteuer mit demjenigen Werte eingesetzt werden, mit dem die als Gegenwert hingegebenen Devisen einzusetzen sein würden. Danach treten beim Umtausch der Devisen in Dollarschatzanweisungen nicht die steuerlichen Folgen ein, welche gemäß der Einkommen- und Körperschaftssteuer bei einer Veräußerung der Devisen sich ergeben würden. Die selbstgezeichneten Dollarschatzanweisungen werden mithin den Devisen, die die Steuerpflichtigen vorher besaßen, gleichgestellt. Die Regelung beschränkt sich auf die selbstgezeichneten Dollarschatzanweisungen.

Die angeblichen Verfehlungen in der Reichswehr.

Der Bericht des Reichstagsausschusses zur Untersuchung von Verfehlungen in der Reichswehr und der Art, wie der Reichswehrminister sie erledigt hat, liegt jetzt vor. Der Ausschuß hat sich in erster Linie mit dem Vorwurf beschäftigt, in der Reichswehr werde Politik getrieben. Die Vorfälle, die die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt haben, sind eingehend untersucht und der Ausschuß ist zu dem Beschluß gekommen, daß der Reichswehrminister sachgemäß gehandelt und daß er in den Fällen, wo er Verfehlungen festgestellt hat, für Abhilfe gesorgt habe.

Französische Gewaltpolitik an der Saar.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat eine mit dem 12. März in Kraft getretene „Notverordnung betreffend Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet" erlassen, nach der mit Gefängnis und 10 000 Frank Geldstrafe bedroht wird, wer öffentlich den Vertrag von Versailles verächtlich macht oder Einrichtungen oder die Farben der Regierungskommission, den Völkerbund, die Signatarmächte des Friedensvertrages beschimpft oder verleugnet. — Der Vertrag von Versailles braucht wirklich nicht mehr „verächtlich" gemacht zu werden, die Meinung aller rechtlich Denkenden über ihn steht fest.

Verhütung gewerblicher Unfälle.

Bei Ermittlungen in Strafverfahren aus Anlaß gewerblicher Unfälle ist es in der Regel erforderlich, festzustellen, welche Einrichtungen und Anordnungen zur Unfallverhütung getroffen waren, und wie sich der Unternehmer dazu gestellt hat. Da die Überwachung der Betriebe in dieser Hinsicht, so führt der preußische Justizminister in einer allgemeinen Verfügung aus, zu den besonderen Obliegenheiten der Berufsgenossenschaften gehört, so empfiehlt es sich, in Fällen dieser Art der zuständigen Berufsgenossenschaft oder deren technischen Aufsichtsbeamten neben den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten Gelegenheit zur gutachtlichen Stellungnahme zu geben.

Die Grenze gegen die Tschechoslowakei.

Die Interalliierte Grenzkommission für die Grenzziehung zwischen dem an die Tschechoslowakei abgetretenen Hulschiner Ländchen und Deutsch-Oberschlesien hat Gemeinde und Gut Sandau der Tschechoslowakei zugeteilt, dagegen die kleine bisher unter tschechischer Verwaltung stehende Kolonie Rakowier Deutschland zurückgegeben. Damit ist die Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei endgültig geregelt, allerdings in einer für Deutschland überaus ungünstigen Weise, indem zwei rein deutsche Dörfer, Haatsch und Sandau, die auf ihren Verbleib bei Deutschland den größten Wert gelegt haben, wider ihren Willen aus dem Verbande des Deutschen Reiches losgerissen wurden. Gegen die Entscheidung der Interalliierten Grenzkommission ist leider ein weiterer Schritt nicht möglich.

Rußland.

× **Lenin aufs neue schwer erkrankt.** Das Befinden Lenins, der sich Mitte Dezember von der Leitung der Regierungsgeschäfte hatte zurückziehen müssen, hat sich in den letzten Tagen fühlbar verschlechtert, so daß die Sowjetregierung sich zur Herausgabe täglicher Bulletins entschlossen hat. Es sind Symptome für Störungen im Blutkreislauf aufgetreten, die Lähmungserscheinungen der rechten Hand und des rechten Beins herbeiführen und auch die Sprache in Mitleidenschaft zogen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Zum neuen deutschen Gesandten in Montevideo wurde der Dirigent der Presse-Abteilung der Reichsregierung Geh. Legationsrat Dr. Schmidt-Elshop ernannt.

München. Wegen Landesverrats wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Augsburg der kommunistische Münchener Stadtrat Weigl festgenommen. Der Landesverrat wird in einem Artikel der Roten Bayernfahne erblickt.

München. Im bayerischen Landtag haben die Sozialdemokraten einen Antrag auf Auflösung der Sturmabteilungen und Stoßtrupps eingebracht, in dem auch die Sicherung der Versammlungsfreiheit verlangt wird.

Rom. Der Papst hat die Summe von 500 000 Lire für die Bevölkerung des Einbruchsgebietes nach Köln übersandt.

Deutscher Reichstag.

(320. Sitzung.) CB. Berlin, 15. März.

Heute stand die dritte Beratung des Gesetzentwurfes zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung auf der Tagesordnung.

Abg. Dr. Hertz (Soz.), der den Reigen der Redner eröffnete, bezeichnete die Berücksichtigung der Geldentwertung im Steuerwesen als die dringendste Aufgabe der Gegenwart. Die Regierungsvorlage sei dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Der Ausschuß habe die Vorlage noch weiter verschlechtert zum Schaden des Reiches und zum Vorteil der Sachwertbesitzer. Der Redner bemerkte weiter, daß der deutsche Arbeiter steuerlich viel stärker belastet sei als die Arbeiter aller anderen Länder. Auch in den deutschfreundlichen Kreisen Englands und der Schweiz könne man die Bevorzugung des Besitzes in der deutschen Steuerpolitik nicht verstehen. Der Redner richtete an den Reichsfinanzminister die Frage: Kann die Regierung ein System verantworten, bei dem die Besitzsteuern nicht einmal die Veranlagungskosten decken? Bis zum letzten Pfennig werden dagegen die Rentner herangezogen, die festverzinsliche Wertpapiere haben. Die Sozialdemokraten würden schon mit Rücksicht auf die Gefährdung der Markstützungsaktion die Vorlage in der Fassung der 2. Lesung ablehnen.

Präsident Löbe teilte darauf mit, daß die Sozialdemokraten alle ihre Anträge aus der 2. Lesung wiederholt und für die Schlußabstimmung namentliche Abstimmung beantragt haben.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes,

der alsdann zu Worte kam, erklärte: Die Ausführungen des Abg. Dr. Hertz dürfen wegen ihrer innen- und außenpolitischen Wirkung nicht unwidersprochen bleiben. Wir haben die Initiative zur Beseitigung der steuerlichen Ungerechtigkeiten ergriffen und müssen deshalb die maßlosen Übertreibungen des Vorredners zurückweisen. Es ist nicht richtig, daß der Ausschuß die Vorlage lediglich verschlechtert habe. Der Minister erinnerte daran, daß die Brüsseler Sachverständigenkonferenz gerade die deutschen Besitzsteuern als zu überspannt bezeichnet hat. Weiter betonte der Minister, daß bei der Bewertung der Wertpapiere die Kurse außerordentlichen Schwankungen unterliegen, und daß seit der Stützungsaktion der Mark die Kurse vielfach um 50 % gesunken sind. Die Stützungsaktion war notwendig, und wir wollen sie fortsetzen. Es darf aber nicht verkannt werden, daß sie nicht nur den Spekulanten, sondern auch der rechtmäßigen Wirtschaft schwere Opfer auferlegt. Der Minister erklärte dann, ob eine grundlegende Reform der Einkommensteuer die Aufgabe der Zukunft sein wird, das wird zu prüfen sein. Das vorliegende Gesetz kann seine Aufgabe nicht vollkommen lösen, es wird aber gute Dienste leisten bei der Aufhebung bestehender steuerlicher Ungerechtigkeiten. Eine grundlegende Änderung des Steuersystems und eine Neuregelung unserer Finanzpolitik ist erst in dem Augenblick möglich, in dem wir wieder Boden unter den Füßen haben.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnatl.) leitete seine Rede mit der Erklärung ein, daß er den Ausführungen des Reichsfinanzministers im allgemeinen zustimmen könne. Wir haben im Ausschuß versucht, so fuhr der Redner fort, das Beste herauszuholen. („Für die Millionäre", Rufe bei den Soz.) Nein, für das deutsche Volk, entgegnete der Redner. Auch ich halte diese Vorlage für ein höchst fragwürdiges Flickwerk. Es ist aber Deutschland unmöglich gemacht worden, seine Finanzen zu sanieren. In keinem anderen Lande der Welt ist die Steuerlast für Besitz und Verbrauch so angespannt worden wie bei uns. Das mit einem unerhörten Steuerdruck herausgepreßte Geld müssen wir einem französischen Militarismus in den Rachen werfen, der schrecklicher ist als je ein früherer Militarismus. Schon vor der Ruhrbesetzung hat die Besatzungsarmee am Rhein größere Ausgaben erfordert, als 1913 für Heer und Flotte zusammen ausgegeben wurde. Wenn diese Summen der Wiederherstellung zugeführt würden, so stünde es besser nicht nur um Deutschland und Frankreich, sondern um die ganze Welt. (Beifall).

Der Abg. Dr. Helfferich fuhr fort: England leistet an Besitzsteuern viel weniger als Deutschland, das muß in der ganzen Welt bekannt werden, damit das Lügengewebe zerrissen wird, mit dem Deutschland als böswilliger Schuldner hingestellt wird. Eine Erfüllung dieses Wunsches, rief der Redner aus, kann ich in den Ausführungen des Abg. Dr. Hertz nicht erblicken. Seinen Ausführungen fehlte der einfachste vaterländische Gedanke (Beifall rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.). Der Redner schilderte, wie die französische Presse und der französische Nachrichtendienst derartige Ausführungen verwerte, und als er dabei erwähnte, daß die Kohlenmagnaten in der französischen Presse als die größten Schufte hingestellt würden, die sich auf Kosten des Fiskus bereicherten, riefen die Sozialdemokraten aus: „Sehr richtig." Von rechts kamen Gegenrufe: „Pfui, das wollen Deutsche sein!" Bei den weiteren Ausführungen des Redners gegen den Abg. Dr. Hertz kam es zu lang anhaltenden lärmenden Auftritten. Abg. Dr. Hertz rief dem Abg. Dr. Helfferich zu: „Sie sind ja ein ganz

— In Dortmund ist der 22 Jahre alte Arbeiter Joseph Mühleisen von Denzingen in Dortmund von den Franzosen aus dem Hinterhalt erschossen worden.

— In Pirmasens ist der Angestellte der Schuhfabrik Kilian, Rung, von zwei Marokkanern erschlagen worden.

Ein Zweck der Zeitungsverbote im Einbruchsgebiet.

Die französischen Besatzungsbehörden gehen gegen die deutsche Pressefreiheit im Einbruchsgebiet in einer Weise vor, die jede Meinungsäußerung gegen die Franzosen im allgemeinen und gegen die Besatzungstruppen im besonderen unmöglich machen soll. Rücksichtslos werden die Zeitungsverbote auf kürzere oder längere Sicht ausgesprochen. Es ist nicht anzunehmen, daß die französischen Behörden sich darüber im unklaren sind, was ein solches Verbot heute bedeutet. Auf die Folgen der Zeitungsunterdrückung für die Bevölkerung und für die Zeitungsunternehmungen selbst ist schon mehrfach hingewiesen worden. Auch die französischen Besatzungsbehörden wurden wiederholt auf die bedenklichen Folgen der Verbote aufmerksam gemacht, allerdings stets ohne Erfolg. Es ist ganz offensichtlich, daß ein bestimmtes System in dieser willkürlichen Beschränkung der Pressefreiheit liegt.

Einige Zeitungen des Einbruchsgebietes, welche ihre Verbotsfrist hinter sich haben und jetzt neu erscheinen, gehen dazu über, ihre Berichterstattung in Besatzungsangelegenheiten wenn nicht völlig einzustellen, so aber doch ganz farblos zu halten, um auf diese Weise alles zu vermeiden, was den französischen Behörden Anlaß zu einem neuen Verbot geben könnte. Diese Zeitungen lassen sich dabei von der Erwägung leiten, daß es durchaus im Interesse der deutschen Bevölkerung liegt, wenn sie durch ihre Zeitungen wenigstens über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage unterrichtet wird. Hinzu kommt, daß gerade in den Großstädten des Ruhrgebietes die Zeitungen die Verbindung zwischen den Behörden und der Bürgerschaft herstellen durch die Veröffentlichung der Bekanntmachungen, der Verordnungen usw., deren Kenntnis für die Bevölkerung oft von größter Wichtigkeit ist. Die Berechtigung dieser von den Zeitungen des Einbruchsgebietes im Interesse der Bevölkerung geübte Zurückhaltung ist daher nicht von der Hand zu weisen.

Man kann daher jetzt beobachten, daß in den Zeitungen des Einbruchsgebietes vielfach die Berichte über Besatzungsschäden und über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen fehlen, während die Zeitungen des unbesetzten Gebiete eine Fülle solcher Nachrichten enthalten. Es ist nicht ausgeschlossen, vielmehr sicher zu erwarten, daß die Franzosen versuchen werden, diese Tatsache in ihrem Sinne auszubeuten, indem sie die Tatsachenberichte der Zeitungen im unbesetzten Gebiet als falsch und verlogen hinstellen mit dem Hinweis, daß die Zeitungen des besetzten Gebietes, die ja in erster Linie über die Besatzungsangelegenheiten unterrichtet sein müßten, keine derartige Meldungen zu bringen wissen. **Ja, es ist mit Sicherheit anzunehmen daß es überhaupt eines der Ziele der französischen Presseverbote ist, sich diese Möglichkeit, die Berichterstattung der deutschen Presse im unbesetzten Gebiet als lügenhaft darzustellen, zu verschaffen.**

Es ist daher eine unumgängliche Notwendigkeit, daß von allen berufenen Stellen, Zeitungen, Nachrichtenbüros, Behörden usw. ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, aus welchen Gründen die Zeitungen des Einbruchsgebietes die Besatzungsnachrichten **nicht in dem Umfange und in der Art bringen können, wie die Zeitungen des unbesetzten Gebietes. Das Ausland muß ausdrücklich hierüber unterrichtet werden.** In erster Linie sind die Vertreter der ausländischen Zeitungen in dieser Angelegenheit aufzuklären, vor allem diejenigen, die sich selbst nicht im Ruhrgebiet aufhalten, und die daher aus Unkenntnis der Dinge leicht geneigt sind, den Unterschied in den Besatzungsnachrichten der Presse im besetzten und im unbesetzten Gebiete falsch zu beurteilen.

Bei dieser Gelegenheit ist darauf aufmerksam zu machen, daß die französischen Behörden jede Veröffentlichung von Nachrichten über Ausschreitungen der Besatzungstruppen, selbst wenn sie amtlich festgestellt und niedergelegt sind, mit dem Verbot der Zeitungen bestraften. Typisch hierfür ist der Fall der Essener Arbeiterzeitung, die über die Raubüberfälle, von denen in Essen innerhalb einer Woche eine Fülle amtlich festgestellt und den Besatzungstruppen nachgewiesen werden konnten, einige Tatsachenberichte veröffentlicht hatte. Die Antwort der französischen Behörden auf diese Veröffentlichung war nun nicht die, daß sie den gemeldeten Fällen von Disziplinlosigkeit französischer Soldaten nachging, und sie bestrafte, sondern das Verbot der Essener Arbeiterzeitung „wegen Verletzung der Würde der Besatzungstruppen" aussprach.

Frankreichs riesige Luftflotte.

Eine Sorge für England.

Im englischen Unterhause erklärte der Luftfahrtminister, im November 1918 habe die britische Luftstreitkraft 30 000 Offiziere und 253 000 Mann und 3300 im Dienst befindliche Flugzeuge betragen. Gegenwärtig besitze sie 3000 Offiziere und 27 000 Mann sowie 351 Flugzeuge erster Linie. Frankreich aber habe jetzt noch 1260. Während zwei Drittel der britischen Maschinen sich in überseeischen Ländern befänden, habe Frankreich drei Viertel seiner Maschinen im Inlande.

Im Jahre 1925 würden die Franzosen 2180 Maschinen und England lediglich 557 Maschinen im Dienst haben.

Das Mißverhältnis sei doch überwältigend. Die Frage ergebe sich von selbst, warum eine europäische Macht eine so große und eine andere eine so kleine Luftflotte habe. Es sei undenkbar, daß zwischen beiden Alliierten Feindseligkeiten ausbrechen könnten, aber es frage sich, ob es berechtigt sei, daß einer von ihnen eine Luftstreitmacht besitze, die nur den vierten Teil der der anderen ausmache.

Änderung der Postgebühren.

Zum 1. April.

Die Reichspostverwaltung hat dem Reichsrat eine Vorlage zur Änderung verschiedener Punkte der erst am 1. März in Kraft getretenen Gebührenordnung zugehen lassen. In der Begründung wird gesagt, neue erhebliche Steigerungen der Sachausgaben und der Beamtenbezüge hatten den bisherigen Fehlbetrag weiter anschwellen lassen. Am 1. April hätte eigentlich wieder eine allgemeine Erhöhung kommen müssen.

Diese Begründung mag formal einwandfrei sein, in der Sache tritt sie für eine weitere Beibehaltung des bisherigen als unfruchtbar erwiesenen Schraubsystems ein: Mechanische Gebührenerhöhung, dadurch Drosselung des Verkehrs, folglich Rückgang der Einnahmen, kräftigere Unterbilanz, deshalb Gebührenerhöhung mit weiterer Einschränkung des Verkehrs, Zusammenschmelzen der Einnahmen, also Gebührenerhöhung und so fort in mehr stetiger als lieblicher Abwechslung, bis zum Schluß kein Verkehr, keine Einnahmen mehr vorhanden sind und dann auch wohl die Ausgaben wegfallen bis auf den von der Nachwelt zu deckenden Schuldenwert.

Die Postverwaltung hat sich aber diesmal aus politischen Gründen, wie sie mitteilt, entschlossen, den 1. April ohne allgemeine Erhöhungen vorbeigehen zu lassen und die allgemeine Entwicklung abzuwarten. Nur die Einführung des Dreizonentarifs für Pakete soll geschehen und damit die Schaffung einer Vorstufe für Warenproben verbunden werden.

Die teureren Pakete der 3. Zone.

Der neue Pakettarif soll das vor kurzem eingeführte Paketbestellgeld und die Paketausgabegebühr mitumfassen. Diese Gebühren sollen also als selbständige Gebühren wieder in Wegfall kommen. Die künftige 1. Zone umfaßt die Entfernungen bis 75 Kilometer, die künftige 2. Zone umfaßt solche über 75 Kilometer und die künftige 3. Zone umfaßt die Entfernungen über 375 Kilometer (frühere 4., 5. und 6. Zone). Die Paketgebühr in der 1. und 2. Zone soll unverändert bleiben; auch in der künftigen 3. Zone will die Post die Gebührensätze für die beiden Gewichtsstufen bis 3 und über 3 bis 5 Kilogramm nicht erhöhen, so daß für alle 3- und 5-Kilogrammpakete, die über die Nahzone hinausgehen, einheitliche Gebührensätze bestehen bleiben. Eine Verteuerung um 50 % bringt der Tarif für die Pakete im Gewicht über 5 Kilogramm in der künftigen 3. Zone. Aus dieser Verteuerung wird der Betrag wieder gewonnen, der durch die Aufhebung des Bestellgeldes und der Ausgabegebühr in Wegfall kommt. In der neuen 3. Zone würde die Gebühr künftig betragen für Pakete bis 3 Kilogramm und 5 Kilogramm wie bisher 600 und 1000 Mark, über 5 bis 6 Kilogramm 1800 Mark (anstatt 1200 Mark) usw. je 50 % mehr als in der 3. Zone. Die Vorstufe für Warenprobensendungen soll ein Gewicht bis 100 Gramm umfassen, mit der Gebühr von 60 Mark wie für eine gleich schwere Drucksache, um es der Geschäftswelt zu ermöglichen, neben der Drucksache auch die leichtere und billigere Warenprobe als Werbemittel zu benutzen.

Der Verkehrsbeirat hat sich mit den in den Entwürfen vorgeschlagenen Änderungen einverstanden erklärt. Die Vorlage bedarf noch der Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Reichstagsausschusses.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 17. März 1923.

—* **Zucker für März.** Im Monat März gelangen auf die Zuckermarke A und B je ½ Kilogramm Mundzucker zur Belieferung, sodaß jedem Verbraucher zusammen 1 Kilogramm Zucker zusteht. Die Belieferung eines Abschnittes mit mehr als einem Pfund ist nicht zulässig.

—* **Ueberlastung des Reichswirtschaftsministeriums.** Vom Hansa-Bund wird uns geschrieben: Nach den uns vorliegenden Mitteilungen des Reichswirtschaftsministeriums häufen sich dort die direkten Anfragen und Eingaben um Auskunft über allgemeine wirtschaftliche Fragen. Im Interesse der Absender solcher Eingaben verweisen wir darauf, daß eine weit schnellere Erledigung solcher Eingaben erreicht werden kann, wenn diese an die Spitzenverbände geleitet werden. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Auskunftsstelle des Hansa-Bundes für allgemeine wirtschaftliche Fragen verwiesen, die zu derartiger Auskunftserteilung sich den Interessenten zur Verfügung stellt und auch bereit ist, bei der Bearbeitung wirtschaftsrechtlicher Streitfragen (Preistreibereirecht usw.) mitzuwirken. Einzelinteressenten und Wirtschaftsorganisationen wird daher empfohlen, sich in diesen Fragen insbesondere auch bei Einreichung von Eingaben mit der Hauptgeschäftsstelle des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 36 in Verbindung zu setzen.

—* **Die Sage von der Völkerschlacht der Zukunft am Birkenbaum** ist aus naheliegenden Gründen jetzt wieder in aller Munde. Besonders viel wird in ländlichen Kreisen von ihr geredet, genau wie im Weltkriege, und es gibt sicher mehr Leute, als ein Außenstehender denkt, die glauben daß die Schlacht nahe bevorstände, oder genauer gesagt, in diesem Jahre geschlagen würde, weil angeblich verschiedene Voraussetzungen für die Schlacht erfüllt sind. Nach der Sage wissen die Menschen (lies: Frauen) wenn die Zeit nahe sein wird, vor Hoffart nicht wie sie sich kleiden sollen. Daß dies auf die gegenwärtige Zeit zutrifft, liegt auf allen Straßen und Gassen. Dann soll der Krieg auf einen Winter folgen, in dem nur tappen-, d. h. sohlenhoher Schnee fällt. Auch das trifft bis jetzt zu. Weiter heißt es in der Sage. Der letzte Mann der über die Ruhrbrücke bei Wickede gehen wird während der Schlacht, ist ein Schäfer mit einem weißen Hunde. Ein weißer Schäferhund ist nun eine Seltenheit, und nur wenige Leser werden sich erinnern können je einen gesehen zu haben. Nun hat aber der Schäfer von Haus Füchten unweit Wickede an der Ruhr einen solchen Schäferhund. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß gerade aus diesem Grunde die Aufregung ängstlicher Gemüter wegen der nahe bevorstehenden Schlacht groß ist besonders in Wickede und Umgebung. Sie sollten sich aber wirklich beruhigen die guten Leutchen.

—* **Das deutsche Volksopfer.** Das deutsche Volksopfer zugunsten der durch die Ruhrgebietsbesetzung Geschädigten hat bereits weit über eine Milliarde Mark zur Ausschüttung gebracht. Das ist viel und doch kann damit nur ein kleiner Bruchteil der Not behoben werden. Die Gewaltpolitik der Franzosen und Belgier hat Notstände geschaffen, die in ihrem ganzen Ausmaß heute noch nicht erkennbar sind. Schwere Zeiten stehen uns noch bevor, insbesondere in den Monaten April und Mai, die in der Ernährungslage immer die ungünstigsten sind. Ganz besonders schwer wird sich diese Notlage möglicherweise in den alt- und neubesetzten Gebieten auswirken. Gerade mit Rücksicht auf sie aber gilt es, alles zu unternehmen, um den Widerstand der deutschen Brüder an Ruhr und Rhein nicht durch die kleinlichen Sorgen der Magenfrage scheitern zu lassen. Wer sich bewußt ist, was der heldenhafte Widerstand der Ruhrleute für das zukünftige Schicksal des ganzen deutschen Volkes bedeutet, der wird sich auch klar darüber sein müssen, daß seine Pflicht nicht mit der einmaligen Hergabe eines Betrages zum Deutschen Volksopfer erfüllt ist. Wie Bergleute und Beamte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an Ruhr und Rhein tagaus, tagein zähneknirschend ihr stilles Opfer bringen, so muß sich auch der Deutsche im unbesetzten Gebiet klar darüber sein, daß nur fortgesetztes Opfer die Mittel schafft, mit deren Hilfe der ungebeugte Widerstand gegen die französisch-belgische Raubgier zu stärken ist. Die Bewunderung des Widerstandes, den die Einwohner von Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Hamm, von Köln, von Mainz, von Offenburg leisten, darf sich nicht in Worten erschöpfen. Der Bewunderung muß die Tat folgen! Vor allem in einem fortgesetzten Beitrag zum Deutschen Volksopfer. Die Leute an Rhein und Ruhr sollen nicht vergebens auf Hilfe warten.

= **Dahlerbrück,** 15. März. Am Samstag, den 10. März hielt die Bezugs- und Absatzgenossenschaft für Dahlerbrück und Umgegend eine Generalversammlung ab. U. a. sprach Herr Dr. Kröll, Hagen über: „Ist das Düngen mit Kunstdünger heute noch rentabel?" Redner führte ungefähr folgendes aus: „Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft war das Losungswort in den Nachkriegsjahren und muß auch heute noch als das wichtigste Problem angesehen werden, durch dessen Lösung die Grundlage gelegt würde zur Wiedergesundung der Gesamtwirtschaft. Von wissenschaftlicher Seite wird allgemein angenommen, daß vom technischen Standpunkte aus durch entsprechende Intensivierung der landw. Erzeugung die Ernährung des Volkes aus heimischer Scholle durchführbar ist. Dazu muß aber die Voraussetzung gegeben sein, daß bei dem gegebenen Preisverhältnis zwischen Erzeugnissen und Betriebsmitteln die Mehrkosten der höheren Aufwendungen einschließlich Verzinsung des angelegten Kapitals zum wenigsten durch erzielte Mehrerträge gedeckt werden. Es soll nun an Hand der Vorkriegs- und der diesjährigen Durchschnittspreise festgestellt werden, ob die Düngung mit Kunstdünger heute in demselben oder in noch stärkerem Maße gewinnbringend ist wie vor dem Kriege. Die Steigerung der Getreidepreise von 1912/13—1922/23 betrug unter Berücksichtigung von ⅘ Umlage ⅕ freiem Getreide 1690%, die der Kartoffeln aber nur 500 bis 600%. Die Preissteigerung des N betrug im angegebenen Zeitraume 1660%, des P 2 05 2300% und des K 2 0 1340%. Entsprechend dieser Preisentwicklung der einzelnen Nährstoffe hat sich auch ungefähr der Verbrauch in der Landwirtschaft verschoben. Es betrug der Verbrauch der Landwirtschaft an reinen Nährstoffen in Tonnen: im Jahre 1913/14 an N 210 000, an P 2 05 630 000, an K 2 0 557 350; im Jahre 1921/22 an N 300 000, an P 2 05 312 000, an K 2 0 775 000. An P 2 05 muß nach Möglichkeit gespart werden, da wir sie nur im beschränkten Umfange aus dem Auslande einführen können und die Preise auch ganz enorm gestiegen sind. Die Stickstoffdüngung kann und muß noch erheblich gesteigert werden, weil im Durchschnitt durch eine erhöhte Stickstoffgabe noch erhebliche Mehrerträge erzielt werden könnten. Voraussetzung ist und bleibt, daß der Staat endgültig die Methode der produktionshemmenden Zwangswirtschaft aufgibt und nicht durch eine kurzsichtige Steuerpolitik das Betriebskapital des Landwirtes wegsteuert. Sind diese Bedingungen gegeben, dann wird der deutsche Landwirt trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten im Interesse der Wiedergeburt unseres Vaterlandes sich zu dem Losungswort des Reichslandbundes bekennen:

Schaff, Bauer, statt zwei Ehren drei,
„Dann wird auch Deutschland wieder frei".

× **Kierspe,** 16. März. Wie schon im Inseratenteil bekannt gegeben, findet am kommmenden Sonntag nachm. 5 Uhr im Hotel Plate ein Vortrag des Herrn Lehrer Bremecke über Rhein- und Ruhrbesetzung auf Veranlassung der demokratischen Partei statt. Da der Vortrag für viele Kreise von großem Interesse sein dürfte, möchten wir nicht verfehlen, an dieser Stelle nochmals besonders darauf hinzuweisen.

Hagen, 15. März. Schwurgericht. Die Bluttat in der Körnerstraße. Die schwere Bluttat in der Körnerstraße fand gestern ihre Sühne vor dem Hagener Schwurgericht. Am 18. Dezember befand sich der schon bejahrte Arbeiter Heinrich Kötter aus Hagen auf Freiersfüßen. Er war in Gesellschaft einer Frauensperson, mit der er eine vergnügte Bierreise machte, auf der sich mehrere junge Leute dem Paare anschlossen. In einer Wirtschaft an der Körnerstraße traf man den Eisenbahner Baltes, der mit dem Mädchen, dessen Zugänglichkeit ihm anscheinend bekannt war, anzubändeln versuchte. Als Feierabend war, zog die ganze Gesellschaft die Körnerstraße herauf, wobei B. das Mädchen eingehakt hatte. An der Parkstraße machte K. seine Rechte auf das Mädchen geltend, das sich am Zaun festhielt und noch nicht mitwollte. B. versetzte dem angetrunkenen K., als er das Mädchen gewaltsam fortziehen wollte, eine Ohrfeige, so daß er zur Erde fiel. Der Geschlagene rief auf Platt: „Das ist mir noch nie passiert; jetzt nehme ich den Spaten". Im gleichen Augenblick sahen die Begleiter ein großes Messer blitzen und in die Brust gestochen, fiel B. zu Boden. Ein zweiter Schlag mit dem Messer verletzte das Mädchen leicht an der Stirn. K., der selbst gestochen sein will, rief nach Schutzleuten, verduftete aber, als diese auf der Bildfläche erschienen. Der Gestochene hatte durch den wuchtigen Stich eine Herzverletzung erlitten, an der er auf offener Straße verblutete. K. wurde in Haft genommen und gestern für seine Tat zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im voraus.

18. März. Wolken, Sonne, Wind, teils Sturm, strichweis Niederschlag.
19.- Wenig verändert.
20.- Sonne, tags angenehm.
21.- Wolken, teils Niederschläge, Sonne.
22.- Wolken, rauher Wind.
23.- Veränderlich, Wind.
24.- Wenig verändert.

Kleine Nachrichten.

Teilweise Räumung des badischen Landes?

Karlsruhe. Wie verlautet, ist die französische Besatzung aus dem Offenburger Vorort Urloffen zurückgezogen worden. Urloffen war seit dem 6. Februar besetzt. Ebenso ist der Vorort von Appenweier, Windschläg, von den Franzosen geräumt worden. Außerdem haben die Franzosen den Karlsruher Vorort Knielingen wieder freigegeben.

Die englische Anfrage nach Berlin.

London. Nach den letzten Meldungen hat der englische Kabinettsrat, angesichts des Ernstes der Situation beschlossen, nach Berlin eine Anfrage zu richten. Diese Anfrage, die übrigens in Berlin noch nicht eingetroffen ist, aber unterwegs sein soll, soll Deutschland auffordern, sich dazu zu äußern, ob es auf der Basis eines englisch-amerikanischen Reparationsvorschlages als gleichberechtigter Verhandlungsteilnehmer sich an der Weltwirtschaftskonferenz beteiligen würde. Man führt dazu an, daß in Brüssel auch von einer möglichen Räumung des Ruhrgebietes die Rede war. Es sei möglich geworden, durch eine neue Regelung der Reparationen das Ruhrproblem einer Lösung näher zu bringen.

Verhandlungen noch vor Ostern?

Paris. Die Gerüchte, die von bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen wissen wollen, häufen sich in bemerkenswerter Weise. So will „Newyork Herald" erfahren haben, daß Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland noch vor Ostern beginnen werden. Deutschland habe seine Fühler ausgestreckt und versuche sich die Unterstützung der Schweiz, von Holland und der Staaten der kleinen Entente zu sichern.

Englische Arbeiterabordnung im Ruhrgebiet.

London. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, die Arbeiterpartei habe beschlossen, eine „offizielle Abordnung" in das Ruhrgebiet und in andere Teile Deutschlands zu entsenden. Die Mitglieder dieser Abordnung würden nach ihrer Rückkehr der Exekutive der Arbeiterpartei Bericht erstatten.

Angestelltenversicherung und Geldentwertung.

Berlin. Im Reichsarbeitsministerium ist ein Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes ausgearbeitet worden. Der Entwurf sieht der Geldentwertung angepaßte neue Gehalts- und Lohnklassen bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 7,2 Millionen Mark vor.

Börse und Handel.

Devisenkurse unverändert.

Auch an der Berliner Donnerstagbörse traten wie schon seit Tagen keine erheblichen Veränderungen der Kurse ein. Der Dollar wurde mit 20 822 notiert, englische Pfunde mit 97 755, österreichische Kronen mit 28,77 und Polennoten mit 47,25. Alle anderen Devisen ebenfalls unverändert.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Ofenhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle am** 15. 3. pro Pfund in Mark: Rindfleisch 3400—4800, Kalbfleisch 3400—4500, Hammelfleisch 3600—4400, Schweinefleisch 3200 bis 4200, Meiereibutter 6900—7600, Margarine 2700—4000, Schmalz 3550—3900, Rindertalg, ausgel. 3200—3800, Pflanzenfett, lose 3400—3600, Speisekartoffeln 52—54, Kaffee geröstet 11 500 bis 15 000, Tee 16 000—24 000, Kakao 4500—8400, Zucker 950—1050, Weizenmehl 700—800, Gefrierfleisch 2640—2820, Erdartischocken 250, Spinat 1200—1400, Knollensellerie 100, Hühner 3800—4500, Plötzen 1600, Barsch 2100, grüne Heringe 450—800; Eier pro Stück 340—350.

Schriftleitung: Wilhelm Bell Halver i. Westf.

ARTHUR ALEXANDER, EISEN-GROSSHANDLUNG
HAGEN i. WESTF., KONKORDIASTRASSE 22
Telegramm-Adresse: Walzeisen :: Fernsprecher: 357 und 358.
HALBZEUG :: STABEISEN :: BLECHE ALLER ART 174
Lager mit Bahnanschluss am Bahnhof Haspe-Heubing.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
Ohne Chlor! Wäscht bleicht und desinfiziert. geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals lose! Nur in Originalpackung!
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO" (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 10 Uhr unseren lieben Sohn, Bruder, Enkel, Neffe und Vetter

August Brinkmann

nach schwerem Leiden im Alter von 20½ Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In tiefer Trauer:

Familie Wilh. Brinkmann.

Dahlerbrück, den 15. März 1923.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 18. März, nachm. 2½ Uhr vom Sterbehause aus statt.

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 18 März. Vorm. 9 Uhr Abendmahlsfeier. Vorm. 10 Uhr Konfirmation der Knaben, Pastor D. Dresbach Freitag abend 6 Uhr: Passionsgottesdienst. — — Freitag abend 8½ Uhr: Posaunenchor

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Samstag, den 18. März, nachm. 3 Uhr: Jünglingsverein, Antreten zum Schanzenbinden, Teilnehmer sammeln sich bei Adolf Turck, Amtsstraße. — Sonntag, den 18. März Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule. Nachm 4 Uhr: Bibelstunde. Nachm. 5½ Uhr: Jungfrauenverein, Chorstunde. Abends 8 Uhr: Jünglingsverein. 8½ Uhr: Männerchor. Donnerstag 8¾ Uhr: Bibelbesprechstunde Samstag 8½ Uhr: Jünglingsverein, Bibelbesprechstunde.

Freie evang. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a. Sonntag, den 18. März, morgens 9½ Uhr Erbauungsstunde — Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule. Abends 8½ Uhr: Bibl. Vortrag Prediger Schütz. Donnerstag abend 8¾ Uhr: Gebetstunde.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 18. März 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt 10¼ Uhr: Hochamt mit Predigt 2½ Uhr: Kreuzweg-Andacht mit Segen

Evangel. Gemeinde Kierspe. Sonntag, den 18. März, Gottesdienst in der Kirche, Prüfung der Konfirmanden (Pfarrer Meyer zu Theenhausen). Donnerstag, den 22. März, abends 8½ Uhr: Frauenhülfe.

Amt Halver.

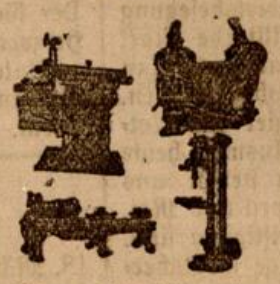
Fleischverkauf.

Am **Samstag, den 17. ds. Mts.,** nachm. 4 Uhr gelangt in der **Wirtschaft Böhle, Eichholz** minderwertiges Rindfleisch zum Verkauf. Preis 2500 Mark je Pfund

Halver, den 16 März 1923 **Der Amtmann.**

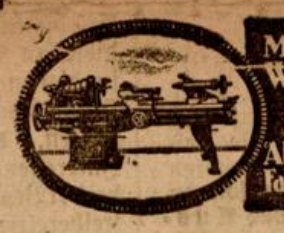
Automobil-Lackierungen Polsterungen, Karosserie, Reparaturen und Umänderungen, Verdecke - Kotflügel - etc.
W. Röhle, Hagen
Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
1576 Goldene u. silberne Medaillen. Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften

Wilhelm Stallmann
Hagen W. Rathauspassage
Körnerstr 5a Fernruf 295
2187

2145 — Gegr. 1857 —

Telegr.: Maschinennatorp.
Großes Lager neuer und gebrauchter
Werkzeugmaschinen.
Maschinenfabrik
Alfred Natorp,
Inh.
Adolf Klinke, Haspe i. W.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Ia. 16er Nessel 3400 Mk.
Gardeweg,
Kreuzberg b. Wipperfürth.



Gerner & Co.
Hagen-Westf.
Elberfelderstraße 80 • Fernsprecher 3580

Tapeten
preiswert und in großer Auswahl,
Carbolineum
Ia. Oelware,
Leinöl, Bleiweiß
prima
Fußbodenlackfarbe
empfiehlt
Halversche Med.-Drogerie
C. Menke
— Fernruf 281. —

Visitenkarten liefert schnell u. billig die Buchdruckerei Wilh. Bell jr.

Bin von Samstag ab in Meinerzhagen mit

Oldenb. Schweine
Wilh Weischede
Meinerzhagen
— Telephon 87. —

Erhalte heute

Ia. oldenb. Schweine.
Rob. Zapp,
Schalksmühle.
— Telefon Nr. 140. —

Suche zum 1. April tüchtiges
Dienstmädchen
welches eine Kuh melken kann und Gartenarbeit versteht.
Wilhelm Vollmann,
Berkenbaum b. Oberbrügge

Suche sofort mehrere tüchtige
Arbeiter
für größere Kulturanlagen in der Kerspe-Talsperre in Akkord- oder Stundenlohn.
Zu melden:
Heinrich Röttgers,
Rönsahl.

Damen und Herren
zur Erlernung der Buchführung in den Abendstunden gesucht. Lehrgeld 8000.- Mk. Nach Beendigung des Kursus können diese hochbezahlte Stellen als erste Buchhalter (innen) beanspruchen Angebote u. X. 425 a. d. Geschst. d. Allg Anz., Halver.

Erhalte in den nächsten Tagen mehrere Waggon
Düngerkalk.
Bestellungen nehme entgegen
Albert Herdepe,
Halver.
Telefon 40.

Landwehrverein Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorben. Kameraden

Wilh. Elbertshagen
zu Stenkenberg

wollen die Kameraden am Montag, den 19. März, nachm. 3½ Uhr recht zahlreich am Vereinslokal antreten. Gewehrabteilung mit Gewehr II.

Der Vorstand.

Spiel u. Sportverein Halver 1911.

Samstag, den 17. März abends 8 Uhr im Vereinslokal Lückmann

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft für Dahlerbrück u. Umgebung G. m. b. H.

Den Landwirten von Dahlerbrück u. Umgebung wird hierdurch mitgeteilt, daß der **Beitritt zu unserer Genossenschaft bis zum 30. April Mk. 10.— beträgt.**

Um den bereits angeschlossenen Mitgliedern gerecht zu werden, wird ab 1. Mai ds. Js. das Eintrittsgeld nach dem Vermögensbestand der Genossenschaft verrechnet.

Das Eintrittsgeld dürfte nach dem 1. Mai somit 20000 bis 30000 Mark betragen.

Sonntag, 18. März,
3 Uhr nachmittags
im Gasthof Plate in Kierspe

Vortrag

d. Herrn Lehrer Bremecke
über:

Rhein- und Ruhrbesetzung.

Mitglieder aller Parteien sind herzlich eingeladen. Eintritt 50 M. zum Besten der Ruhrhilfe.

Die Demokr. Partei.